

Erstmals kein weiterer Ausgabenanstieg im Westen – Rückgänge im Osten

Nachdem in den Jahren 2001 und 2002 die öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe noch um 4% bzw. 5% gestiegen sind, fiel die Zunahme der Ausgaben zwischen 2002 und 2003 mit 2,2% geringer aus. Zwischen 2003 und 2004 hat der Ausgabenanstieg nun ein vorläufiges Ende gefunden. Preisbereinigt ergibt sich sogar ein Ausgabenrückgang um -1,3%.

Nominale und reale Ausgaben

Im Jahre 2004 beliefen sich die öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe auf insgesamt 20,671 Mrd. EUR. Gegenüber dem Jahr 2003 sind die Ausgaben (20,612 Mrd. EUR) damit praktisch gleich geblieben (vgl. Tab. 1). Berücksichtigt man die allgemeine Preissteigerung von 1,6%, so ergibt sich sogar ein Ausgabenrückgang von -1,3%. Zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern zeigen sich auch in diesem Jahr leichte Unterschiede. Während die Ausgaben in Westdeutschland (einschließlich Berlin) um 0,6% stiegen (preisbereinigt um -1,0%), sind die Ausgaben in den östlichen Ländern um -1,2% bzw. preisbereinigt um -2,7% zurückgegangen.

Die Fachserien zu den Ausgaben stehen auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes kostenlos als Excel-Dateien für die Erhebungsjahre 1996 bis 2004 zur Verfügung: www.destatis.de – Statistikshop – Suchbegriff: Jugendhilfe Ausgaben

Divergierende Entwicklungen im Westen

Der durchschnittliche Ausgabenanstieg von 0,6% verdeckt jedoch die Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern. Die Spannweite der Veränderungen liegt immerhin zwischen einer Zunahme von 7,2% in Bremen und einem Rückgang von -4,9% in Berlin (vgl. Tab. 1). Nennenswerte Zunahmen der Ausgaben sind neben Bremen (+7,2%) in Schleswig-Holstein (+6,9%), Hamburg (+5,9%) und Baden-Württemberg (+4,3%) zu verzeichnen. Der entscheidende Grund für die Zunahmen in diesen Ländern liegt in den höheren Ausgaben für die Kindertagesbetreuung.

So werden in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg für Tagesbetreuung jeweils 13% mehr als im Vorjahr ausgegeben. Generelle Rückgänge der Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe sind in den Ländern Niedersachsen (-1,1%) und Nordrhein-

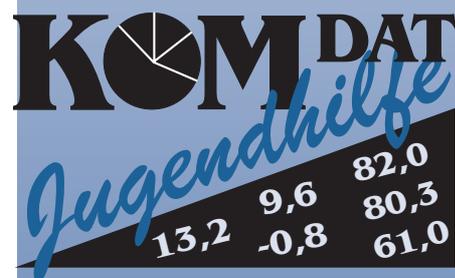
Westfalen (-1,5%) zu beobachten. In diesen Ländern sind insbesondere die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung zurückgegangen. Die geringeren Ausgaben stehen wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem demografischen Rückgang der 3- bis unter 6-Jährigen, der in beiden Ländern bei ca. -3% liegt. Allerdings liegt in den Ländern mit steigenden Ausgaben für die Kindertagesbetreuung der Rückgang der 3- bis unter 6-Jährigen ebenfalls bei ca. -3%. Somit lässt das Ergebnis vermuten, dass in den Ländern unterschiedliche Schwerpunktsetzungen für den Aus- bzw. Umbau der Kindertagesbetreuung eingeschlagen werden.

Bezogen auf die anderen Arbeitsfelder ist bei den Hilfen zur Erziehung erstmals kein weiterer Ausgabenanstieg zu verzeichnen (vgl. Fendrich/Pothmann in diesem Heft). Wieder deutlich um 9,9% auf 477,8 Mio. EUR zwischen 2003 und 2004 angestiegen sind die Ausgaben für Eingliederungshilfen gemäß § 35a SGB VIII. Der Zuwachs ergab sich insbesondere in den Ländern, in denen bereits eine hohe Quote der Inanspruchnahme erreicht wurde (Hessen, Schleswig-Holstein oder auch Bayern).

Deutliche Rückgänge sind bei der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit mit -3,3% zu beobachten. Somit hat sich der Trend aus dem davor liegenden Jahr weiter fortgesetzt. Fachpolitisch besteht daher die Herausforderung, die Bedeutung und Notwendigkeit der Kinder- und Jugendarbeit, insbesondere im Bereich der informellen Lernprozesse, deutlicher herauszuarbeiten (vgl. ausführlicher Rauschenbach/Düx/Sass 2005).

Weitere Rückgänge im Osten

Der generelle Rückgang der Ausgaben in den östlichen Ländern verdeckt



Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe, Informationsdienst der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, AKJ^{Stat}, gefördert durch das BMFSFJ und MGFFI NW

Editorial

Mit dem »Tagesbetriebsausbaugesetz« (TAG) sowie dem »KICK« hat bzw. wird sich die Kinder- und Jugendhilfe an entscheidenden Stellen, wie z.B. hinsichtlich eines qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Bildungs- und Betreuungsangebots, verändern. Laut Koalitionsvertrag wird die neue Bundesregierung diesen Weg fortsetzen.

Der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik wird dabei als Beobachtungs- und Entscheidungshilfe eine zentrale Bedeutung zukommen. So soll das neu im SGB VIII verankerte und mit der amtlichen Statistik verschränkte Berichtswesen zur öffentlich organisierten Kinderbetreuung (§ 24a, 3 SGB VIII) dazu genutzt werden, den Ausbaustand eines Betreuungsangebots für unter 3-Jährige politisch zu begleiten. Für andere Felder der Jugendhilfe wird man statistische Daten benötigen, um die Auswirkungen des KICK zu evaluieren.

Doch bei dem vorgelegten Programm wird die Statistik auch an ihre Grenzen stoßen. Deutlich hebt der Koalitionsvertrag die Rolle der Jugendverbände hervor. Allein ist die amtliche Statistik bislang nur rudimentär dazu in der Lage, die Arbeit von Trägern in der Jugendarbeit zu dokumentieren. Hier besteht ein Qualifizierungsbedarf.

Inhalt

Schwerpunkthemen

Erstmals kein weiterer Ausgabenanstieg im Westen – Rückgänge im Osten	1
Mehr Hilfen für weniger Geld	2
Ausgaben pro Platz in Tageseinrichtungen für Kinder gesunken.	4

Kurz und prägnant

Maßnahmenrückgang in der Jugendarbeit	5
Adoptionsfreigaben erstmals wieder ansteigend.	5

Notizen

Aktuelle Literatur.	6
-----------------------------	---

ebenfalls unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern. Allerdings ist die Spannweite nicht so stark ausgeprägt wie im Westen. Die Veränderungen liegen zwischen 1,6% in Thüringen und -5,9% in Sachsen-Anhalt. Auch hier spiegelt die generelle Entwicklung die Situation der Tageseinrichtungen für Kinder wider. In den Ländern mit einem Rückgang der Ausgaben insgesamt (Brandenburg und Sachsen-Anhalt) sind die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung um -5% bzw. -7% zurückgegangen.

Prozentual der deutlichste Rückgang in allen östlichen Bundesländern ist in der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit mit -3,7% zu verzeichnen. Bei den Hilfen zur Erziehung und den Hilfen gemäß §§ 41 und 42 SGB VIII hat sich ein weiterer Rückgang um -2,4% ergeben. Hier ist zu vermuten, dass durch den deutlichen demografischen Rückgang der 12- bis unter 15-Jährigen von -20%

Tab. 1: Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe nach Bundesländern (2003, 2004; in Mio. EUR)

	2003 in Mio. EUR	2004 in Mio. EUR	Veränd. zw. 2003 und 2004 in %	Preisbereinigte Veränd. ¹ in %
Deutschland ²	20.612	20.671	+0,3	-1,3
Westdtl. (+Berlin)	16.895	16.989	+0,6	-1,0
Ostdtl.	3.579	3.538	-1,2	-2,7
Bremen	215	231	+7,2	+5,5
Schleswig-H.	612	654	+6,9	+5,2
Hamburg	525	556	+5,9	+4,3
Baden-Württem.	2.384	2.488	+4,3	+2,7
Saarland	274	282	+2,8	+1,2
Rheinland-Pfalz	1.166	1.198	+2,7	+1,1
Thüringen	547	556	+1,6	0,0
Hessen	1.771	1.797	+1,5	-0,1
Sachsen	1.123	1.132	+0,8	-0,8
Bayern ³	1.611	1.620	+0,6	-1,0
Mecklenburg-V.	441	444	+0,6	-1,0
Niedersachsen	1.845	1.825	-1,1	-2,6
Nordrhein-Westf.	4.921	4.845	-1,5	-3,1
Brandenburg	779	759	-2,6	-4,2
Berlin	1.572	1.494	-4,9	-6,4
Sachsen-Anhalt	689	648	-5,9	-7,4

1 Verbraucherpreisindex zwischen 2003 und 2004 +1,6%

2 Einschließlich der Ausgaben der Obersten Bundesbehörde

3 Für Bayern werden nicht die Personalkostenzuschüsse an freie Träger nach dem Bayerischen Kindergartengesetz nachgewiesen. Diese belaufen sich 2003 – Angaben für 2004 liegen nicht vor – auf ca. 625 Mio. EUR.

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

auch geringere Bedarfe entstanden sind.

Fazit

Erstmals seit Einführung des SGB VIII sind die Ausgaben in den westlichen Ländern mit einer äußerst geringen Zunahme von 0,6% praktisch konstant geblieben. Bisher ergaben sich jährliche Zuwachsraten von 3% und mehr. Unter fachlichen Gesichtspunkten muss allerdings darauf verwiesen werden, dass das Abflachen der Zuwachskurve in erster Linie auf die Sparzwänge der öffentlichen Haushalte zurückzuführen ist und nicht auf geringer werdende Bedarfe an Bildung, Beratung, Förderung sowie Hilfeleistungen in prekären Lebenslagen. Gerade die öffentlich gewordenen Straftaten gegen das Kindeswohl weisen eindringlich darauf hin, dass verstärkt präventive Angebote für Eltern organisiert werden müssen.

Matthias Schilling

Mehr Hilfen für weniger Geld

Fallzahlen- und Ausgabenentwicklung für das Feld der Hilfen zur Erziehung

Die Hilfen zur Erziehung gehören zu den Arbeitsfeldern, die nicht zuletzt auch in Folge des SGB VIII expandiert sind und die sich strukturell ausdifferenziert haben. Dies ist einmal mehr abzulesen an den vom Statistischen Bundesamt zuletzt veröffentlichten Daten des Jahres 2004. Fasst man die Ergebnisse der einzelnen Teilerhebungen einschließlich der zu den Erziehungsberatungen zusammen, so errechnet sich ein Fallzahlenvolumen von 660.481 Hilfen für das gesamte Jahr. Von der öffentlichen Hand, insbesondere von den Jugendämtern, werden hierfür 5,4 Mrd. EUR ausgegeben. Im Vergleich zur Mitte der 1990er-Jahre entspricht dies, nimmt man das Jahr 1995 als Bezugspunkt, einem Fallzahlenanstieg von 39% sowie einer nominalen Zunahme der Ausgaben um 35%. Während sich jedoch auch zwischen 2003 und 2004 der Anstieg der Hilfen weiter fortsetzt, stagnieren erstmalig seit In-Kaft-Treten des SGB VIII die Ausgaben für dieses Feld bzw. gehen sogar ›leicht‹ zurück.

Anstieg der Fallzahlen bei stagnierenden Ausgaben

Das Volumen der erzieherischen Hilfen ist im Jahr 2004 auf 660.481 Fälle angestiegen. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer prozentualen Zunahme von 2,6% (vgl. Tab. 1). Allerdings sind die Ausgaben nominal um -0,7% auf nicht mehr ganz 5,4 Mrd. EUR zurückgegangen. Legt man für 2004 eine

durchschnittliche Preissteigerungsrate von 1,6% zu Grunde, so ist real von einem noch höheren Rückgang bei den öffentlich finanzierten Aufwendungen auszugehen.

Dieses Ergebnis hebt sich deutlich von der Entwicklung der letzten Jahre ab. Noch zwischen 2002 und 2003 lag der prozentuale Ausgabenanstieg bei nominal 1,9% sowie zwischen 2001

und 2002 sogar bei 7,1%. Somit zeigt bereits der erste Blick in die Daten, dass zwar mehr Hilfen zur Erziehung gezählt werden, für diese aber weniger finanzielle Mittel aufgewendet werden.

Weitere deutliche Zunahme bei den ambulanten Hilfen

Zumindest der Fallzahlenanstieg ist nicht gleichermaßen auf die einzelnen

Leistungssegmente verteilt. Für die Beratung ist im benannten Zeitraum lediglich ein Anstieg um 1,1% auf nun insgesamt knapp 305.000 Fälle zu konstatieren. Der Bereich der Fremdunterbringungen verzeichnet zwar nur einen geringen Zuwachs von 3.137 Fällen bzw. 1,9% auf rund 169.900 Hilfen, allerdings sind auch die Ausgaben zwischen 2003 und 2004 um immerhin -1,1% zurückgegangen.

›Motor‹ der ansteigenden Fallzahlen bleiben – wie bereits in der Vergangenheit – die familienunterstützenden und -ergänzenden, also die ambulanten Hilfen. Zwischen 2003 und 2004 ist hier eine Zunahme um rund 10.100 Fälle auf rund 185.600 Hilfen zu konstatieren (+5,8%). Damit werden auch 2004 mehr ambulante Leistungen als Hilfen im Rahmen der Vollzeitpflege und vor allem der Heimerziehung sowie des betreuten Wohnens durchgeführt. Betrag die Differenz zwischen den Hilfe-segmenten 2002 noch etwa 1.600 Maßnahmen, so sind es 2004 bereits knapp 15.700 Hilfen zu Gunsten des ambulanten Bereichs (vgl. Tab. 1).

Entgegen den Fallzahlen wird bei den Aufwendungen für familienunterstützende und -ergänzende Leistungen ein nahezu unverändertes Ausgabenvolumen ausgewiesen. Dies liegt sowohl 2003 als auch 2004 bei 1,1 Mrd. EUR. Zumindest kann darüber spekuliert werden, ob die im Vergleich zu den Fallzahlen jeweils ungünstigere nominale Ausgabenentwicklung – die Inflationsrate ist also hier noch gar nicht berücksichtigt – auch mit darauf zurückzuführen ist, dass in diesem Falle familienunterstützende und ergänzende Hilfen von vorneherein zeitlich kürzer befristet werden und/oder an der Ausstattung dieser Leistungen mit Fachleistungsstunden gespart wird.

Tab. 1: Entwicklung der Fallzahlen sowie der Ausgaben für Leistungen der Hilfen zur Erziehung (Deutschland; 2004)

	Fallzahlen 2004	Veränderungen zu 2003 (%)	Ausgaben (in 1.000 EUR)	Veränderungen zu 2003 (%)
Hilfen zur Erziehung insg.	660.481	+2,6	5.350.720	-0,7
Beratung	304.972	+1,1	323.119	+0,3
Ambulante Hilfen	185.585	+5,8	1.112.101	+0,6
Fremdunterbringungen	169.924	+1,9	3.915.500	-1,1

Die Angaben schließen den Bereich der Hilfen für junge Volljährige mit ein. Die Ausgaben zu den Fallzahlen verstehen sich einschließlich der über 18-Jährigen. Die Ausgaben für Hilfen gem. § 41 SGB VIII werden hier dem Bereich der familienersetzenden Hilfen zugeordnet. Eine Differenzierung dieser Angaben bezogen auf die Hilfearten ist über die amtliche Statistik nicht möglich. Ferner soll darauf hingewiesen werden, dass die Angaben zur Vollzeitpflege und zur Heimerziehung (einschl. der betreuten Wohnformen) sich aus den Bestandsdaten des Jahres 2000 sowie den seither begonnenen und beendeten Hilfen zusammensetzen.

Auf weitere methodische Erläuterungen zu der Berechnung und zur Zusammenstellung der ausgewiesenen Fallzahlen sowie der Ausgabendaten muss hier weitestgehend verzichtet werden (vgl. hierzu Fendrich/Pothmann 2005).

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, Ausgaben und Einnahmen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Rückgang der Ausgaben in Ostdeutschland um 3%

Der gezeigte Trend eines, wenn auch eher moderaten Anstiegs der Fallzahlen bei gleichzeitiger Stagnation der nominalen bzw. eines Rückgangs der preisbereinigten, realen Ausgaben bestätigt sich für Westdeutschland. Für Ostdeutschland verschärft sich die Entwicklung dahingehend, dass bei einer ebenfalls steigenden Zahl von Hilfen die über die Statistik ausgewiesenen Ausgaben rückläufig sind. So nimmt die Zahl der Hilfen im Osten um 2,6% zu, während gleichzeitig die finanziellen Aufwendungen um 2,9% zurückgehen.

Im Besonderen hiervon betroffen ist das Feld der familienersetzenden Hilfen. Hier reduzieren sich die Fallzahlen und die finanziellen Aufwendungen. Neben vielen anderen Faktoren dürfte dies auch ein Ausdruck des erheblichen Rückgangs der 12- bis unter 15-Jährigen seit 2002 sein. In wenigen Jahren werden hiervon auch die 15- bis unter 18-Jährigen verstärkt betroffen sein, so dass diese Entwicklung zusätzlich an Dynamik gewinnen wird.

Herausforderungen

Für junge Menschen und deren Familien sind diese Entwicklungen nicht gerade gute Nachrichten. Zwar ›brechen‹ Unterstützungsangebote im Rahmen der Hilfen zur Erziehung keineswegs

flächendeckend weg, doch immerhin ist zu vermuten, dass mitunter die Ausstattung und damit u.U. auch die Effektivität von Hilfen vor Ort eingeschränkt wird.

Zwar scheint die Formel vom ›Umbau statt Ausbau‹ mittlerweile abgegriffen, doch dies trifft wohl die Herausforderungen, vor denen die freien, aber auch die öffentlichen Träger angesichts der aktuellen Entwicklungen stehen. Im Lichte einer sich – anders als in den letzten Jahren – nicht weiter vergrößernden Geldmenge steht man vor der Herausforderung, das Funktionieren des Leistungssystems der Hilfen zur Erziehung unter

diesen Bedingungen so effektiv und vor allem so effizient wie möglich zu gestalten. Doch allein dies wird nicht ausreichen. Es ist davon auszugehen, dass unter den derzeitigen Vorzeichen, resultierend aus Einsparvorgaben vielerorts, mit weiteren Ausgabenkürzungen zu rechnen sein wird. Insoweit ist die Jugendhilfe politisch gefordert, Ressourcen für das Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung auch für jene Fälle einzufordern, in denen eine dem Wohl des Kindes entsprechende Erziehung zumindest gefährdet ist.

Sandra Fendrich/Jens Pothmann

In diesem Heft verwendete Literatur

- Fendrich, S.: Adoptionen in Deutschland. Ein Überblick zur quantitativen Entwicklung von Kindesannahmen auf der Grundlage der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik, in: Zentralblatt für Jugendrecht, 2005, Heft 7-8, S. 283-289.
- Fendrich, S./Pothmann, J.: Hilfen zur Erziehung – über quantitative Ausweitungen und qualitative Strukturveränderungen, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Kinder- und Jugendhilfereport 2, Weinheim u. München 2005, S. 85-107.
- Pothmann, J./Thole, W.: Zum Befinden eines ›Bildungsakteurs‹. Beobachtungen und Analysen zur Kinder- und Jugendarbeit, in: Deutsche Jugend, 2005, Heft 2, S. 68-75.
- Rauschenbach, Th./Düx, W./Sass, E. (Hrsg.): Informelles Lernen im Jugendalter. Vernachlässigte Dimensionen der Bildungsdebatte, Weinheim u. München 2005.
- Salgo, L.: Weshalb und wie ist die Geeignetheit eines Kindes/Jugendlichen für die Adoption gem. § 36 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII zu überprüfen?, in: Zentralblatt für Jugendrecht, 2004, Heft 11, S. 410-412.

Ausgaben pro Platz in Tageseinrichtungen für Kinder gesunken

In der Debatte um die Tageseinrichtungen für Kinder wird immer wieder auf die gestiegenen Ausgaben der öffentlichen Hand hingewiesen. So betrug der Ausgabenzuwachs für Tageseinrichtungen zwischen 1994 und 2002 in den westlichen Ländern ohne Berlin 1,4 Mrd. EUR, was einem Anstieg von 28% entspricht (vgl. Tab. 1). Die Darstellung der Gesamtausgaben verdeckelt allerdings, dass das Gesamtangebot im Zuge des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz zwischen 1994 und 2002 um 325.000 Plätze (+16%) und die Anzahl der Ganztagsplätze um 157.000 (+38%) ausgeweitet worden ist. Um die Relevanz der unterschiedlichen Zuwachsraten realistisch einschätzen zu können, muss aus den verfügbaren Plätzen und den Netto-Ausgaben der öffentlichen Hand ein Durchschnittswert für die Ausgaben pro Platz ermittelt werden.

Für die Berechnung dieses Durchschnittswertes werden Informationen darüber benötigt, ob es sich um einen Ganztags- oder Halbtagsplatz handelt. Diese Informationen stehen allerdings erst ab dem Jahre 1994 zur Verfügung. Da die Durchschnittswerte in den westlichen und östlichen Ländern erhebliche Differenzen aufweisen, werden die beiden Landesteile getrennt ausgewiesen. Darüber hinaus können bei den Berechnungen nicht die unterschiedlichen Kostenstrukturen der Angebote für unter 3- sowie 3- bis 6-Jährige auf Grund der Datenlage bei den Ausgaben berücksichtigt werden. Da die Anzahl der Plätze für unter 3-Jährige in Ost wie in West zwischen 1994 und 2002 gleich geblieben ist, hat dies allerdings keinen Einfluss auf die Veränderung des Durchschnittswertes und kann vernachlässigt werden.

Ganztagsäquivalente

Um der Zunahme der Ganztagsplätze im Westen Rechnung tragen zu können, werden die Vor- und/oder Nachmittagsplätze mit und ohne Mittagessen auf Ganztagsäquivalente umgerechnet (vgl. Fußnote 1 in Tab. 1). So ergeben sich die Ausgaben für einen fiktiven Ganztagsplatz.

Platzkostenentwicklung

Die Ausgaben der öffentlichen Hand für ein Ganztagsäquivalent beliefen sich in den westlichen Ländern (ohne Berlin) 1994 auf 3.392 EUR pro Platz, verringerten sich zwischenzeitlich leicht und haben im Jahr 2002 den Wert von 3.649 EUR erreicht. Insofern scheinen die Ausgaben pro Platz leicht zugenommen zu haben. Der Rückgang im Jahre 1998 kann so interpretiert werden, dass im Zuge der Erfüllung des Rechtsan-

spruchs auf einen Kindergartenplatz zunächst Übergangslösungen geschaffen wurden, z.B. Aufstockung der Gruppenstärke von 25 Kinder auf 28 Kinder pro Gruppe, die nicht so kostenintensiv waren. Im Zuge der Konsolidierung nach 1998 wurden dann die Standards wieder hergestellt, so dass erneut höhere Ausgaben entstanden sind. Zugleich wurde das Ganztagsangebot im Westen ausgebaut, was ebenfalls zu höheren Platzkosten führte.

Im Osten wird eine hohe Konstanz bei den Ausgaben pro Ganztagsäquivalent deutlich. Die Ausgaben liegen bei 2.800 EUR mit einer leichten Steigerung im Jahre 2002 auf nicht ganz 3.000 EUR.

Inflationsbereinigung

Betrachtet man jedoch die inflationsbereinigte Entwicklung, so wird deutlich, dass die Ausgaben im Westen zwischen 1994 und 2002 pro Platz nicht gestiegen, sondern um -4,0% zurückgegangen sind. Die gleiche Entwicklung zeigt sich im Osten. Dort offenbart die preisbereinigte Entwicklung sogar einen Rückgang von -5,8%.

Fazit

Die Ergebnisse für beide Landesteile müssen dahingehend interpretiert werden, dass sich die personelle wie sachliche Ausstattung der Angebote leicht verschlechtert hat. Darüber hinaus wird aber auch deutlich, dass die Äquivalenzplatzkosten in den östlichen Bundesländern doch deutlich geringer sind als in den westlichen. Dies ist einerseits auf den geringeren Osttarif und niedrigere Sachkosten, andererseits aber auch auf eine etwas schlechtere Fachkraft-Kind-Relation in den Gruppen zurückzuführen.

Matthias Schilling

Tab. 1: Netto-Ausgaben der öffentlichen Hand für Tageseinrichtungen für Kinder und durchschnittliche Platzkosten nach westlichen und östlichen Bundesländern (jeweils ohne Berlin) zwischen 1994 und 2002 (Angaben in Mrd. EUR)

	Plätze in Kindertageseinricht.		Nettoausgaben in Mrd. EUR	Ausgaben pro Platz in EUR	
	Anzahl	Ganztagsäquivalente ¹		Netto-Ausgaben	Preisbereinigt ²
Westliche Länder ohne Berlin					
1994	2.038.240	1.515.111	5,140	3.392	3.800
1998	2.300.481	1.715.554	5,615	3.273	3.453
2002	2.361.745	1.801.120	6,573	3.649	3.649
Veränderung zw. 1994 u. 2002 (%)	+15,9	+18,9	+27,9	+7,6	-4,0
Östliche Länder ohne Berlin					
1994	863.191	834.896	2,357	2.823	3.163
1998	662.191	640.551	1,803	2.815	2.970
2002	637.137	615.437	1,833	2.978	2.978
Veränderung zw. 1994 u. 2002 (%)	-26,2	-26,3	-22,2	+5,5	-5,8

1 Folgende Faktoren wurden zu Grunde gelegt: Ganztagsplatz 1,0; Vor- und Nachmittagsplatz 0,75; Vormittagsplatz mit Mittagessen 0,6; Vor- oder Nachmittagsplatz 0,5

2 Auf Grund der allgemeinen Preisentwicklung ist von einer Preissteigerung zwischen 1994 und 2002 von 12,0% auszugehen; Gesamtindex für Verbraucherpreise 1994 = 92,3; 2002 = 103,4

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen, Einrichtungen und tätige Personen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Maßnahmenrückgang in der Jugendarbeit

[jp] Die Anfang November vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten zu den öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit signalisieren deutliche Einschnitte für die Kinder- und Jugendarbeit. Die turnusmäßige Erhebung des Jahres 2004 weist nicht ganz 97.300 Angebote aus, an denen knapp 3,7 Mio. junge Menschen teilgenommen haben (vgl. Tab. 1). Gegenüber der Erfassung des Jahres 2000 hat sich damit das Maßnahmenvolumen um -17% sowie das der Teilnehmer/-innen um -19% verringert. Im Vergleich zur ersten gesamtdeutschen Erfassung im Jahre 1992 bedeutet dies, bei einer steigenden Zahl der 12- bis 21-Jährigen (+6%), -24% weniger Maßnahmen und -15% weniger teilnehmende Personen.

Der Trend gilt nicht für alle erfassten Angebotsformen gleichermaßen. Vielmehr scheint sich in den Befunden auch die auf Grund der PISA-Ergebnisse veränderte politische Prioritätensetzung hin zu Bildungsangeboten zumindest teilweise niederzuschlagen. So zeigt sich das Volumen der außerschulischen Jugendbildungsmaßnahmen bei den letzten beiden Erhebungen nahezu unverändert. Zurückgegangen sind hingegen neben den Kinder- und Jugenderholungen (-23%) auch die Mitarbeiterfortbildungen bei freien Trägern (-25%), also Veranstaltungen zur

Qualifizierung der Ehrenamtlichen/Freiwilligen, oder auch Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit (-31%).

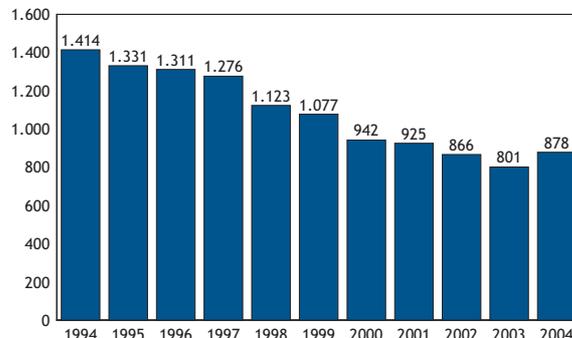
Alles in allem sind die Maßnahmendaten weit davon entfernt, ein geeignetes Barometer für die Jugendarbeit darzustellen, da nur ein Teilbereich des Feldes beleuchtet wird. Gleichwohl taugen die Angaben – das belegen die ebenfalls rückläufigen Personal- und Ausgabenzahlen (vgl. Pothmann/Thole 2005) – zur Stützung der bisherigen Beobachtungen von flächendeckenden Einschnitten in der außerschulischen Infrastruktur für Kinder- und Jugendliche.

Adoptionsfreigaben erstmals wieder ansteigend

[sf] Die Zahl der Adoptionen in Deutschland geht seit mehr als zehn Jahren zurück. Auch in den aktuellen Daten ist eine erneute Verringerung der Kindesannahmen im Vergleich zum Vorjahr auszumachen. Wurden 2003 5.336 Kinder und Jugendliche adoptiert, sind es 2004 noch 5.072 (-5%). Angesichts dieses Trends stellt sich die Frage, ob Adoptionen mit Blick auf ihre quantitative Entwicklung weiterhin an Bedeutung verlieren werden oder ob bald eine Talsohle erreicht ist.

Hinweise auf die voraussichtliche Entwicklung der Adoptionen für das Erhebungsjahr 2005 ergeben sich aus der Zahl der in 2004 zur Adoption vorgemerkten Kinder und Jugendlichen. Diese Daten lassen Rückschlüsse auf die Entwicklung der inländischen Fremdadoptionen zu. Analog zu dem Rückgang der Adoptionszahlen im Allgemeinen bzw. der Fremdadoptionen im Besonderen lässt sich für die vergangenen Jahre eine Verminderung der Adoptionsfreigaben festhalten: Während die amtliche Statistik 1994 noch

Abb. 1: Entwicklung der Adoptionsfreigaben von Kindern und Jugendlichen (Deutschland; 1994-2004)



Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Adoptionen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

1.414 junge Menschen zählte, die zur Adoption freigegeben wurden, sind es im Jahr 2003 noch 801 (-43%) (vgl. Abb. 1). Vermutet werden kann, dass diese Entwicklung neben dem Geburtenrückgang und einer weiterhin zunehmenden Akzeptanz nicht-ehelicher Geburten u.a. auf den Ausbau des Spektrums erzieherischer Hilfen zurückgeht (vgl. Fendrich 2005).

Für das Jahr 2004 setzt sich dieser Trend erstmals seit In-Kraft-Treten des SGB VIII nicht weiter fort. Vielmehr wird ein Anstieg um 9,6% auf 878 Adoptionsfreigaben im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen. Möglicherweise ist dies ein Hinweis darauf, dass die rückläufige Entwicklung der (Fremd-)Adoptionen allmählich ihr Ende erreicht.

Eine fachpolitische Bewertung dieser Entwicklung ist schwierig. Einerseits bietet eine Adoption Kindern die Chance des Aufwachsens in einer anderen als ihrer Herkunftsfamilie, wenn dies dort nicht mehr möglich ist. Hierbei wird auf die Problematik einer zu geringen Berücksichtigung der gesetzlich vorgeschriebenen Adoptionseignungsprüfung im Rahmen des Hilfeplanverfahrens gem. § 36 SGB VIII verwiesen (vgl. Salgo 2004). Andererseits ist der Rückgang der Adoptionsfreigaben der letzten Jahre insoweit begrüßenswert, als es sozialpolitisches Ziel nicht zuletzt der Kinder- und Jugendhilfe ist, mittels familienunterstützender und -ergänzender Hilfen Adoptionsfreigaben auf Grund sozialer und finanzieller Notlagen der Herkunftseltern zu verhindern.

Tab. 1: Entwicklung von öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit und der daran teilnehmenden jungen Menschen (Deutschl.; 1992-2004)

	Angaben absolut		Angaben bez. auf die 12- bis 21-Jährigen ¹	
	Maßnahmen	Teilnehmer/-innen	Maßnahmen	Teilnehmer/-innen
1992	127.915	4.308.121	145	49
1996	130.372	4.671.972	146	52
2000	116.643	4.547.306	124	49
2004	97.267	3.667.451	104	39

1 Maßnahmen: pro 10.000 der 12- bis 21-J.; Teilnehmer/-innen: pro 100 der 12- bis 21-J.

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Maßnahmen der Jugendarbeit, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

8. Jahrgang

Herausgeber:
Prof. Dr. Th. Rauschenbach
Redaktion:
Dr. Jens Pothmann
Dr. Matthias Schilling
Sandra Fendrich

Erscheinungsweise: 3-mal jährlich



Impressum

ISSN 1436-1450

Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- & Jugendhilfestatistik – AKJ^{Stat}

Universität Dortmund
FB12/Forschungsverbund DJI/UniDo
CDI-Gebäude, Vogelpothsweg 78,
44227 Dortmund

Tel.: 0231/755-5557 o. -5556

Fax: 0231/755-5559

www.akj-stat.fb12.uni-dortmund.de

E-Mail: komdat@fb12.uni-dortmund.de

Bezugsmöglichkeiten:

Die Ausgaben von Kom^{Dat} sind ab 2005 kostenfrei. Die Hefte werden als PDF-Datei per E-Mail oder als Druckfassung auf dem Postwege verschickt.

Satz: AKJ^{Stat}

Druck: Offsetdruck J. Heinze Dortmund

Literatur zur KJH-Statistik

Esch, K./Klaudy, E.K./Stöbe-Blossey, S.: Bedarfsorientierte Kinderbetreuung. Gestaltungsfelder für die Kinder- und Jugendpolitik, Wiesbaden 2005.

Die Publikation fokussiert die Organisation der Kinderbetreuung in Deutschland, die sowohl pädagogische Anforderungen als auch den Bedarf berücksichtigen muss. Zur Analyse des Bedarfs werden empirische Daten des Mikrozensus, des sozio-oekonomischen Panels sowie einer Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung herangezogen.

Ferner wurden in einer repräsentativen Telefonbefragung über 1.200 Frauen mit Kindern unter 14 Jahren in Nordrhein-Westfalen zu ihren Arbeitszeiten, den Kinderbetreuungslösungen und ihren diesbezüglichen Problemen und Wünschen befragt. Darauf aufbauend werden in der Publikation Lösungsmöglichkeiten diskutiert und Gestaltungsaufgaben für die Kinder- und Jugendhilfepolitik formuliert, die sich auf die Weiterentwicklung der Infrastruktur für Kinderbetreuung beziehen, mit dem Ziel, dass diese sowohl den Bedürfnissen der Kinder als auch der Arbeitssituation der Eltern gerecht wird.

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (Hrsg.): Bericht zur Entwicklung von Jugendhilfebedarf und sozialstrukturellem Wandel, Stuttgart 2005.

Bei der Publikation, die vom neu entstandenen Kommunalverband für Jugend und Soziales in Baden-Württemberg herausgegeben und von Ulrich Bürger verfasst wurde, handelt es sich um die Fortschreibung eines Berichtswesens zur Entwicklung von Jugendhilfebedarf und sozialstrukturellem Wandel für die Region Baden-Württemberg-Hohenzollern. Sie zielt darauf ab, insbesondere die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung in den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen differenziert abzubilden. Es werden die kreisbezogenen Unterschiede herausgearbeitet.

Ferner wird das dahinter liegende Bedingungsgefüge untersucht, um den Jugendämtern der betrachteten Region auf dieser Grundlage Anregungen für eine qualifizierte und effiziente Weiterentwicklung der Jugendhilfe zu geben. Einer von vielen bemerkenswerten Befunden zum kommunalen Bedingungsgefüge der Kinder- und Jugendhilfe bestätigt auf der einen Seite die nach wie vor deutlichen regionalen Disparitäten bei der Gewährung und Inanspruchnahme von Leistungen der Hilfen zur Erziehung. Auf der anderen Seite sind diese interkommunalen Unterschiede in den letzten Jahren jedoch deutlich geringer geworden.

Der ausführliche Bericht sowie eine Kurzfassung sind auf den Internetseiten des Kommunalverbandes verfügbar (www.kvjs.de/index.php?id=33).

Kreft, D./Mielenz, I. (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. 5. vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage, Weinheim und München 2005.

Es ist nicht nur ein Wörterbuch! Das Standardwerk von Kreft und Mielenz trägt zwar den Titel Wörterbuch, aber diese mächtige Publikation, die jetzt in der 5. Auflage vorliegt, ist weit mehr als ein schlichtes Nachschlagewerk. Für viele Bereiche handelt es sich um eine grundlegende Einführung, die einen schnellen und fachlichen Einstieg in die jeweiligen Sachgebiete ermöglicht. Die Kinder- und Jugendhilfe ist mit den zentralen Stichworten für die einzelnen Arbeitsfelder sowie mit übergreifenden Fragestellungen (z.B. Träger der Sozialen Arbeit) im Wörterbuch vertreten. Erfreulich ist, dass in den Beiträgen die jeweils aktuellen Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik eingearbeitet worden sind. Ebenfalls gibt ein Beitrag zur Sozialstatistik einen Überblick über die verfügbaren Daten zur Sozialen Arbeit und damit auch zur Kinder- und Jugendhilfe. Das Wörterbuch ist für Fachkräfte der Jugendhilfe von besonderem Wert, da man sich sehr schnell über angrenzende Sachgebiete wie die Alten-, Familien-, Gesundheits- bzw. Sozialhilfe informieren kann.